

Eurospots



Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Aus dem Inhalt

September 2006

- **finnische EU-Rats-präsidentschaft**
- **Gahler mit neuem Vorstandsamt**
- **Europäischer Forschungsrat bekommt deutschen Leiter**
- **"Europe direct" - Hotline**
- **EU-Wissen und EU-Erwartungen**
- **Wer regiert die Welt?**
- **Telefon und Internet in der EU**
- **EU-Alkoholkonsum**
- **Endspurt im Logo-Wettbewerb**

Impressum

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
michael.gahler
@europarl.europa.eu

Regionalbüro Süd- und
Westhessen
Am Marktplatz 19
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94

Liebe Leserinnen und Leser,

im Eurospot zur Fußball-WM hatte ich angekündigt, dass sich für den 14. Juni die CDU/CSU-Abgeordneten mit ihren polnischen Fraktionskollegen in einem Hotel in Kehl verabredet hatten, wo sie gemeinsam den "deutsch-polnischen Gipfel in Dortmund" verfolgen wollten, mit anderen Worten: das Länderspiel zwischen unseren beiden Ländern. Meine Einschätzung war, dass man unabhängig vom Ausgang auch danach noch recht fröhlich beieinander sitzen werde. Und so kam es dann auch. Da das Spiel recht ausgeglichen war und das deutsche Tor recht spät fiel, waren beide "Zuschauer-Teams" auch recht lange guten Mutes. Und als dann das Tor für Deutschland fiel, waren die polnischen Kollegen ein bisschen traurig, aber meinten auch sehr fair, dass der bessere und der mit etwas mehr Glück verdient gewonnen habe.

Viel ist seither politisch geschehen, das uns zeigt, wie wichtig es ist, als Europäer zusammenzustehen um Einfluss auf Lösungen von Problemen zu nehmen. Die Terroranschläge, die in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern glücklicherweise scheiterten, zeigen, wie nötig grenzüberschreitende enge Kooperation der Sicherheitsbehörden in Europa ist, neben unseren innerdeutschen Hausaufgaben, Stichwort Antiterrordatei.

Der Krieg im Libanon wird von manchen Extremisten im Nahen Osten als Stellvertreterkrieg hochstilisiert, wo der Westen nach dem israelischen Truppenabzug dann deren Stellungen einnimmt und sich z.B. mit dem Versuch der Entwaffnung der Hisbollah gegen die "gerechte Sache aller Muslime" stellt. Ich bin überzeugt, dass wir als Europäer auch langfristig Druck auf alle Beteiligten und Betroffenen ausüben müssen, um nicht nur kurzfristig eine Befriedung des Libanon zu erreichen. Vielmehr müsste eine gut vorbereitete Nahost-Konferenz, organisiert vom "Nahost-Quartett" (EU, USA, Russland, Vereinte Nationen), die Völker des Nahen Ostens zu einer hinnehmbaren Lösung führen und anschließend auch Garantiefunktion übernehmen. Fundamentalisten könnten sich zur Rechtfertigung weltweiter Terrorakte nicht länger auf einen ungelösten Nahost-Konflikt berufen.

Dieser Problematik widmen wir uns neben vielen anderen Fragen weiter im EP!

Auf bald in Hessen und Europa !

Ihr

Schwerpunkte finnische Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2006 hat Österreich die Ratspräsidentschaft an Finnland abgegeben. Finnlands Ministerpräsident Matti Vanhanen präsentierte unter anderem die folgenden Schwerpunkte der finnischen Ratspräsidentschaft:

Die Akzeptanz der Europäischen Union beim Bürger müsse durch effiziente Arbeit gestärkt werden. In diesem Sinne sollen die Möglichkeiten zur Fortführung des Verfassungsvertrages ausgelotet werden. Neben der Zukunft der Europäischen Union und dem Ende der Phase des Nachdenkens über die Europäische Verfassung gilt das Hauptaugenmerk Europas Wettbewerbsfähigkeit. Besonders die Innovations- und Energiepolitik stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen. Die kontinuierliche Entwicklung des europäischen Binnenmarktes soll nach dem Willen der finnischen Ratspräsidentschaft mit der weiteren Öffnung des Dienstleistungsmarktes fortgesetzt werden.

Außenpolitisch solle die Rolle der EU im internationalen System gefestigt und gestärkt werden. Nicht zuletzt durch eine erfolgreiche Mission im Nahen Osten könnte sich die EU nun bewähren.

Weitere Informationen zur finnischen Ratspräsidentschaft finden sich unter www.eu2006.fi

Am 01.01.2007 übernimmt Deutschland die Ratspräsidentschaft und möchte unter anderem neue Anstöße für die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrages geben. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt soll dem Thema Energiesicherheit gewidmet werden.

Gahler in den Vorstand der Europäischen Bewegung Deutschland gewählt

Die Mitgliederversammlung der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) hat Michael Gahler einstimmig zum Vorstandsmitglied gewählt.

Das Netzwerk EBD ist der überparteiliche Zusammenschluss der Interessengruppen im Bereich Europapolitik. Es organisiert Europa-Kommunikation und Europäische Vorausschau im Dialog mit allen EU-Akteuren auf nationaler und europäischer Ebene. Seine rund 130 Mitgliedsorganisationen repräsentieren nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen: Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften, Bildungsträger, wissenschaftliche Institute, Stiftungen, Parteien und andere. Die europapolitischen Expertisen, Informationen und Aktivitäten der Mitgliedsorganisationen werden im Netzwerk gebündelt und

verstärkt. Ziel ist es, in enger Kooperation mit den politischen Institutionen die Europa-Kommunikation, die Europäische Vorausschau und die europapolitische Koordinierung in Deutschland nachhaltig zu verbessern.

Gahler war von der CDU Deutschlands als Vertreter benannt worden und ist einer der beiden deutschen Europa-Parlamentarier im neuen Vorstand des EBD. Die neue Aufgabe erfordert gute Drähte in Berlin und wird zahlreiche Gelegenheiten bieten, bei Fach- und Expertengesprächen auf die deutsche Europapolitik Einfluss zu nehmen.

Neuer Vorsitzender der EBD ist der langjährige Bundestagsabgeordnete, ehemalige Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Dieter Spöri. Der Sozialdemokrat übernahm diese Position von der ehemaligen EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies.

Die internationale Europäische Bewegung wurde 1948 beim Europa-Kongress der Union Europäischer Föderalisten (UEF) in Den Haag von Winston Churchill und Duncan Sandys gegründet. Ziel der Bewegung ist ein vereinigtes, föderales Europa in Respekt vor den Menschenrechten, Frieden und den demokratischen Prinzipien von Freiheit, Solidarität und Bürgerbeteiligung.

Deutscher erster Generalsekretär des Europäischen Forschungsrats

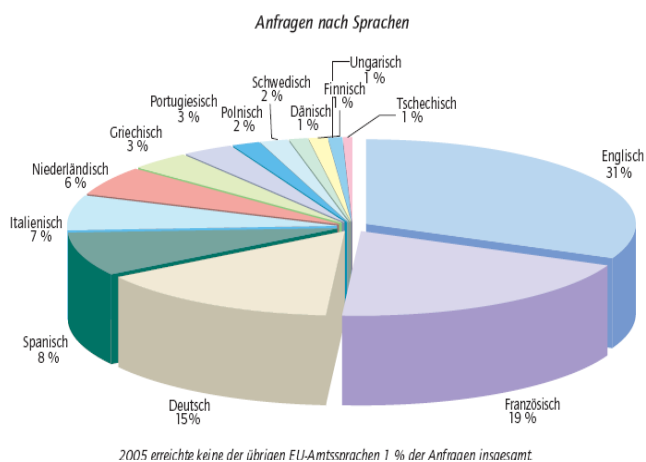
Professor Ernst-Ludwig Winnacker, langjähriger Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), übernimmt zum Januar 2007 die Position des Generalsekretärs im neu geschaffenen Europäischen Forschungsrat, englisch: European Research Council (ERC), in Brüssel. Winnacker wertete diese Entscheidung als Ausdruck des Vertrauens in die Arbeit der DFG.

Mit der Gründung des Europäischen Forschungsrates wurde eine unabhängige, wissenschaftsgeleitete Organisation geschaffen, die einen europaweiten Wettbewerb der besten Wissenschaftler ermöglicht. Mit einem Budget von rund 7,5 Milliarden Euro für Spitzenforschung soll in den kommenden sieben Jahren der europäische Forschungsraum attraktiver und konkurrenzfähiger gestaltet werden. Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) beglückwünschte Winnacker zu seinem neuen Amt und beurteilte die Berufung eines deutschen Wissenschaftlers als ein positives Signal im Hinblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

Europa direkt - Ihre Adresse für Fragen zur EU

"Europe direct" ist ein Service, der Bürgern allgemeine Fragen über die EU schnell und bürger-nah beantwortet. "Europe direct" informiert über vielfältige Themen im Zusammenhang mit der EU, einschließlich der Rechte und Möglichkeiten als EU Bürger. Bei spezielleren Fragen wird auch auf die besten Informationsquellen oder Beratungsstellen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene verwiesen.

Das Call Center ist während der Woche von 09.00 Uhr bis 18.30 Uhr unter der Telefonnummer 0800 - 6 7 8 9 10 11 zu erreichen. Diese Nummer ist EU-weit einheitlich und in jedem Mitgliedsland gebührenfrei.



Obwohl Deutschland das größte Land in der EU ist, und Deutsch die größte Muttersprache, werden vergleichsweise wenige Anfragen an die "Europe direct"-Hotline auf Deutsch gestellt. Die meisten Anfragen erreichen "Europe direct" von englischsprachigen EU-Bürgern, immerhin 31%, gefolgt von 19% französisch- und 15% deutschsprachigen. Sollten die deutschsprachigen EU-Bürger tatsächlich den besseren Durchblick in allen EU-Angelegenheiten haben? Oder nutzen sie vielleicht die Gelegenheiten und Vorteile, welche die EU bietet, noch nicht so gut wie die Bürger in anderen Ländern? Inhaltlich vorne liegen grenzüberschreitende Themen sowie Fragen nach der Arbeitsweise der EU-Organe, jeweils ca. 25%.

Deutsche wissen wenig, aber erwarten viel von Europa

Das Fazit einer kürzlich durchgeführten Bürgerumfrage ist besorgniserregend: So glauben fast 50% der Deutschen, die EU bestehe immer noch

aus 15 Mitgliedsstaaten. Tatsächlich sind es heute schon 25. Zudem sind 40% davon überzeugt mit der Wahl der Abgeordneten des EU-Parlaments nichts zu tun zu haben; dabei haben die Wahlen zum Europäischen Parlament erst vor zwei Jahren, im Juni 2004 stattgefunden. Erschreckend sind jedoch vor allem die falschen Eindrücke, die die Bürger von der EU haben. Obwohl in der Realität etwa 6% des EU-Haushalts für Personal- und Verwaltungskosten ausgegeben werden, geht fast die Hälfte der Bundesbürger davon aus, dass für diese Zwecke ein Großteil des Budgets aufgewendet wird. Dabei entspricht die Gesamtzahl aller sogenannten "Eurokraten", also der EU-Beamten, lediglich der Zahl der Verwaltungsangehörigen einer deutschen Großstadt.

Auch im Bereich Arbeitslosigkeit sind die Deutschen eher pessimistisch, 53% gehen von einem Anstieg der Arbeitslosenquote aus. Europapolitisch gesehen sind die Deutschen noch ängstlicher als andere. Denken in der EU durchschnittlich 72%, dass durch die europäische Integration und die Verlagerung von Produktionskosten in Mitgliedsstaaten mit geringerem Lohnniveau Arbeitsplätze auf dem heimischen Markt verloren gehen, sind es in Deutschland sogar 85%. In welchem Ausmaß die deutsche Wirtschaft von der Osterweiterung profitierte, wird offenbar nicht wahrgenommen. Auch die Furcht vor Abbau der Sozialleistungen beherrscht die Deutschen. 74% der Ostdeutschen und 66% der Westdeutschen sehen eine Verbindung zwischen der europäischen Einigung und dem Abbau von Sozialleistungen. Die demographische Zeitbombe und die Arbeitsmarktentwicklung im eigenen Land wird also trotz aller Publizität der Themen aus den Köpfen verdrängt.

Angesichts derartiger Auffassungen überrascht es fast, dass die Deutschen den Glauben an Europa nicht verloren zu haben scheinen. Fast 45% hoffen, die EU werde in den kommenden 5 Jahren eine wichtigere Rolle in ihrem Leben spielen. Die Deutschen schätzen die Arbeit der EU in den Bereichen Verbrechensbekämpfung, Kampf gegen den Terrorismus und hoffen auf Impulse für die Schaffung neuer Arbeitsplätze (!), mögen besseren Umweltschutz, erwarten mehr Geschlossenheit in der Außen- und Verteidigungspolitik. Die Mitgliedschaft in der EU und das Image der EU werden in anderen Mitgliedstaaten jedoch positiver bewertet. Haben dort 54% bzw. 50% ein positives Bild der EU, sind es in Deutschland nur 46% bzw. 43%.

Überraschend ist zudem, dass nur 34% der Ostdeutschen zufrieden mit der deutschen Demokratie sind, wohingegen es im Westen 60% sind. Dieses Bild setzt sich in der Beurteilung des europäischen demokratischen Systems fort. Lediglich 43% der

Westdeutschen, jedoch 56% der Ostdeutschen sind damit unzufrieden. Interessant weiterhin, dass gerade bei den EU-Neumitgliedern sowie den Beitrittskandidaten das Vertrauen in die europäische Demokratie größer ist als in die Demokratie des eigenen Landes.

Mit Blick auf die Europäische Verfassung ist festzustellen, dass diese in allen Mitglieds- und Kandidatenländern eine große Zustimmung von 70% finden würde. Leider wissen nach eigener Einschätzung 2/3 der Deutschen inhaltlich sehr wenig über die Europäische Verfassung.

Die Umfrageergebnisse zeigen klar die Interessen der EU-Bürger: Es geht Ihnen um finanzielle und persönliche Sicherheit. Zudem setzen sie, trotz Zweifeln, großes Vertrauen in die EU.

Wer regiert die Welt?

Schlussfolgerungen aus der weltweiten Repräsentativumfrage "Weltmächte im 21. Jahrhundert" der Bertelsmann-Stiftung geben keine klare Antwort, zeigen aber Tendenzen in den Ansichten der Bürger:

Die internationale Politik von morgen wird durch die zunehmende Globalisierung und die damit einhergehende Vernetzung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geprägt. An dieser Struktur arbeiten die großen Mächte der internationalen Politik - USA, China, Indien, Russland, Brasilien, Japan sowie die EU - um ihre Interessen zu verwirklichen.

Militärische Macht verliert im Großkonzert der Mächte zunehmend an Bedeutung. Nur noch 20% der Befragten sehen militärische Macht als Charakteristikum einer Weltmacht. Weiche Faktoren, auch soft-powers genannt, befinden sich dagegen im Aufwind. Wirtschaftskraft, politische Stabilität und ein leistungsfähiger Bildungs- und Forschungssektor werden in Zukunft für den Rang einer Weltmacht ausschlaggebend sein.

Für die europäischen Staaten wird durchaus die Gefahr der Marginalisierung gesehen. Nur als Europäische Union können sie in einem gemeinsamen Kraftakt gegen die anderen Großmächte bestehen.

Telefon- und Internetverhalten in Europa

Die Europäische Kommission hat rund 25.000 europäische Haushalte zu ihrem Telefon- und Internetverhalten befragt. Es hat sich gezeigt, dass gerade bei Breitband-Internetzugängen das vorhandene Potenzial noch längst nicht ausge-

schöpft ist. Gerade einmal jeder vierte EU-Haushalt besitzt einen solchen Anschluss. Die höheren Kosten des Breitbandanschlusses würden sich auf Grund der geringen Internetnutzung nicht rechnen. Viviane Reding (EVP), EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, betrachtet dies als Herausforderung und Aufruf an die Anbieter attraktivere Breitbandangebote zu entwickeln.

Mit 97% besitzen nahezu alle EU-Haushalte einen Festnetz und/oder Mobilfunkanschluss. Interessant ist, dass 80% der Haushalte mindestens ein Mobiltelefon aber nur 78% einen Festnetzanschluss besitzen und somit der Festnetzanschluss erstmals vom Mobilfunkanschluss 'überholt' worden ist. 18% der Haushalte kommen sogar ausschließlich mit einem Mobilfunkanschluss zu recht. Öffentliche Fernsprecher werden von lediglich 15% der Haushalte benutzt - hauptsächlich, wenn das Mobiltelefon kein Guthaben aufweist, entladen ist oder keinen Empfang hat.

Alkoholkonsum in der EU

Luxemburg ist Spitzenreiter des europäischen Pro-Kopf-Alkoholkonsums. Mit insgesamt 12,6 Litern pro Kopf im Jahr und dem höchsten Weinkonsum führt Luxemburg die Statistik an. In Deutschland werden 2 Liter pro Kopf weniger getrunken. Schlusslicht sind die Schweden, die mit 4,9 Litern etwa 70% weniger trinken als die Luxemburger. Zusammenhängen könnte dies mit dem hohen Alkoholsteuersatz in Schweden: bei Hochprozentigem verlangt der schwedische Finanzminister etwa zehn Euro mehr für eine 0,7-l-Flasche als sein deutscher Kollege. Die Tschechen verzeichnen den größten Bierkonsum, wohingegen der Spirituosenkonsum in Lettland bei 6,1 Liter pro Kopf den europäischen Mittelwert stark übersteigt. Bemerkenswert auch, dass Platz 2 der Spirituosenkonsumenten, Zypern, erst mit 2,2 Litern Abstand in der Statistik folgt. Deutschland befindet sich in der gesamten Statistik an 5. Stelle, mehr als die Hälfte des Konsums ist Bier.

"Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, EU"

Nächstes Jahr feiert die EU ihr 50-jähriges Jubiläum. Noch bis zum 30. September können Vorschläge für das Geburtstagslogo eingereicht werden. Gerichtet ist dieser Aufruf an alle Kunst- sowie Designstudenten, wie auch an diejenigen, die ihren Abschluss im Jahre 2006 gemacht haben. Informationen unter: www.logo-competition.eu